
Debatte des Deutschen Bundestages am 17. Juni 1994

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor wir in den Haupttagesordnungspunkt unserer heutigen Sitzung, die Beratung des Berichts der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, eintreten, erinnern wir uns der Opfer des Aufstandes vom 17. Juni 1953 in der ehemaligen DDR.

Dieser Tag hat auch im geeinten demokratischen Deutschland nichts von seiner Wichtigkeit und Bedeutung verloren. Er bleibt Erinnerung und Mahnung, Mahnung unter dem Motto: niemals zurück zu totalitären Systemen und Unfreiheit!

Der 17. Juni ist und bleibt unverzichtbarer Gedenktag in unserer Geschichte. Es ist die Erinnerung an die Menschen, die damals in Ost-Berlin und in mehr als 400 Orten der ehemaligen DDR auf die Straße gingen. Es begann mit der Empörung gegen die Heraussetzung der Arbeitsnormen und steigerte sich bis zur Auflehnung gegen das DDR-System und bis hin zur Auflehnung gegen Unterdrückung und Unfreiheit, gegen die Teilung unseres Landes.

Wenn wir heute über den Abschlußbericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ debattieren, dann geschieht dies auch in der Absicht, denjenigen Anerkennung und Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die sich am 17. Juni 1953 und in den Jahren danach dem Regime widersetzt haben, die mutig und selbstlos für Freiheit, Frieden und Demokratie eingetreten sind und dafür Benachteiligung, Verfolgung und Leiden auf sich genommen haben. Viele tragen noch heute daran.

Auch wenn 1953 der Versuch, ein totalitäres System umzuwandeln, scheiterte, so blieb dieser Versuch nicht folgenlos. Über mehr als drei Jahrzehnte traten immer wieder einzelne und Gruppen gegen Unrecht und für Freiheit und Rechtsstaatlichkeit ein. 1989 setzten sich viele zur Wehr, setzten sich durch gegen Unrecht und Unfreiheit. Welche Genugtuung muß es für alle gewesen sein, den 9. November 1989 zu erleben.

Jahrzehntelang war der Volksaufstand des 17. Juni als sogenannter faschistischer Putsch, als vermeintliche kriminelle Provokation westlicher Kapitalisten ausgegeben worden, weil er in der Tat für das System äußerst gefährlich war. Der 9. November 1989 bestätigte dann, daß diktatorische Systeme, auch wenn sie noch so gefestigt scheinen, nicht gegen den Willen der Menschen Bestand haben können. Denn als Lehre bleibt: Es gibt immer wieder Menschen, die ein untrügliches Gefühl für das mit dem Menschen nicht Verträgliche, das dem Menschen nicht Zugehörige, das Unmenschliche haben, und sie setzen

sich damit in der Geschichte – auch nach vorherigem Scheitern – immer wieder durch. Das sollte uns Ermutigung und zugleich auch Mahnung sein, unsere Demokratie mit ihren entscheidenden Werten aktiv zu leben und zu schützen.

Zur Aufarbeitung dieser Diktatur hat der Deutsche Bundestag die Enquete-Kommission eingesetzt, weil wir wissen: Verleugnen und Verdrängen sind kein Weg. Wir müssen uns unserer Geschichte nüchtern stellen, indem wir analysieren, Strukturen deutlich machen, Quellen sichern und auswerten, Zeitzeugen befragen. Weil die Realität des SED-Staates differenziert und komplex war, weil es um menschliche Schicksale geht, war auch die Aufgabe der Enquete-Kommission hochkomplex und schwierig. Ich weiß, mit welchem großem Verantwortungsgefühl und welcher Sorgfalt sich die Kommission dieser Aufgabe gestellt hat.

Die heutige Debatte wird das Verständnis füreinander im vereinigten Deutschland, so hoffe ich, erleichtern. Sie wird zum Zusammenwachsen und Zusammenleben beitragen. Auch deshalb ist sie notwendig.

Ich danke Ihnen.

(Beifall im ganzen Hause)

Meine Damen und Herren, es gibt noch einige amtliche Mitteilungen und Tagesordnungspunkte, bevor wir in die Debatte eintreten können.

[...]

Ich rufe Tagesordnungspunkt 19 und Zusatzpunkt 12 auf:

19.Beratung des Berichts der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“

– 12/7820 –

ZP12 Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Innenausschusses (4. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Markus Meckel, Angelika Barbe, Dr. Ulrich Böhme, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD:

Arbeitsmöglichkeiten der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“

zu dem Antrag der Abgeordneten Hartmut Koschyk, Dr. Roswitha Wisniewski, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dirk Hansen, Dr. Jürgen Schmieder, Dr. Karlheinz Gutmacher, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.

Unterstützung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“

– 12/6933, 12/7225, 12/7941 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Hartmut Koschyk

Rolf Schwanitz

Dr. Jürgen Schmieder

Zum Bericht der Enquete-Kommission liegt ein gemeinsamer Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P. sowie der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die gemeinsame Aussprache zweieinhalb Stunden vorgesehen. – Dazu sehe ich keinen Widerspruch. Wir können so verfahren.

Ich eröffne die Aussprache. Es beginnt der Kollege Rainer Eppelmann.

Rainer Eppelmann (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Sachverständigen und liebe Mitarbeiter des Sekretariats! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SED-Machthaber haben den von ihnen errichteten Staat, eine Diktatur von Anfang an, häufig mit einem Haus verglichen, das sie erbaut haben, das sie für das beste aller Häuser hielten und in dem sie als die Klügsten natürlich das Hausherrenrecht ausübten.

Dieses Bild war so verbreitet, daß der katholische Bischof Otto Spülbeck aus Meißen schon 1956 davon sprach, Christen könnten den SED-Staat nur als ein „fremdes Haus“ erleben, in dem für sie allenfalls der Platz „unter der Treppe“ zur Verfügung steht. Genau 30 Jahre später haben die katholischen Bischöfe in der DDR dieses Bild noch einmal aufgegriffen und in einem Pastoral Schreiben erklärt – ich zitiere –:

Als Christen erwarten wir nicht, daß die Grundpfeiler des Hauses Staat, in dem wir wohnen, aus christlichem Zement gegossen sind. Aber wir erwarten, daß wir zusammen mit allen anderen Bürgern in diesem Haus gleichberechtigt und geachtet leben können.

Die Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, die der Bundestag durch seine Beschlüsse vom 12. März und 20. Mai 1992 eingesetzt hat, ist mir oft so vorgekommen wie ein Suchtrupp. Wir glaubten, uns in dem verfallenen Bau auszukennen, den uns die SED hinterlassen hat. Aber das stimmte einfach nicht. Das Haus, das wir da zu besichtigen und zu bewerten hatten nach seinem äußeren Erscheinungsbild und seinen konstruktiven Grundlagen, war uns in vielfacher Hinsicht unbekannt.

Nach 27 Monaten fleißiger und zuallermeist einvernehmlicher Arbeit erkläre ich: Die Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ war notwendig und sinnvoll.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS/Linke Liste)

Wir wissen heute ein großes Stück besser Bescheid über jenes Haus. Der Bericht, den unsere Kommission heute auf der Grundlage der antitotalitären